

Entfernung Telefonzelle vor Wallgasse 11

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte von NEOS - Das Neue Österreich und Liberales Forum, SPÖ Mariahilf, Grünen Alternative Mariahilf, Die Wiener Volkspartei Mariahilf, FPÖ Mariahilf und KPÖ-LINKS Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 18.12.2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (MA 28, etc) in Zusammenarbeit mit der A1 Telekom Austria zu ersuchen, die augenscheinlich nicht mehr funktionstüchtige Telefonzelle vor Wallgasse ON 11 zu entfernen.

Begründung

Die vor Wallgasse ON 11 befindliche Telefonzelle ist nach Angaben der Anrainer*innen nicht mehr funktionsfähig, wird zweckentfremdet benutzt und stellt eine zusätzliche Beeinträchtigung des in diesem Bereich ohnehin sehr belasteten öffentlichen Raums durch Verschmutzung, Fäkalien, Spritzen etc. dar.

Die Entfernung der Telefonzelle wäre daher zu begrüßen.

Anpassung Fahr- und Abbiegespuren Hofmühlgasse

Die unterzeichnenden Bezirksrättinnen und Bezirksräte von SPÖ Mariahilf, Grünen Alternative Mariahilf, NEOS - Das Neue Österreich und Liberales Forum sowie KPÖ-LINKS Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 18.12.2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung Mariahilf möge beschließen, die zuständige Stelle der Stadt Wien, die MA 46 zu ersuchen in der Hofmühlgasse eine Anpassung der Fahr- und Abbiegespuren bei der Einmündung in die Gumpendorfer Straße und eine gegebenenfalls nötige Reduzierung der zwei Rechtsabbiegespuren auf eine Spur zu überprüfen. Des Weiteren sollen damit einhergehende Verbesserungen der Gehsteigsituation, etwaig mögliche Begrünungsmaßnahmen, sowie eine generelle Optimierung der Verkehrssituation für alle Nutzer*innengruppen im oberen Teil der Hofmühlgasse geprüft werden.
Die Ergebnisse der Prüfung soll in der Mobilitätskommission beraten werden.

Begründung

Die zwei Abbiegespuren von der Hofmühlgasse in die Gumpendorfer Straße führen immer wieder dazu, dass einbiegende KFZ mit riskanten Manövern die Busse auf der Gumpendorfer Straße bei der Bushaltestelle Höhe Esterhazygasse überholen. Das Verkehrsaufkommen, dass aufgrund der U-Bahnbaustelle und Einfahrtssperre in die Hofmühlgasse von der Linken Wienzeile, deutlich abgenommen hat, kann eine Optimierung und Reduzierung der Fahrspuren und Abbiegespuren im oberen Bereich ermöglichen.

Anbringung Gedenktafel für Lothar Dirmhirn am/beim Amtsgebäude der MA 31 „Wiener Wasser“ in der Grabnergasse

Die unterzeichnenden Bezirksrättinnen und Bezirksräte der SPÖ Mariahilf und der KPÖ-LINKS Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 18.12.2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung Mariahilf möge beschließen die MA 7 zu ersuchen, in Zusammenarbeit mit der Kulturkommission, die Anbringung einer Gedenktafel für Widerstandskämpfer Lothar Dirmhirn, der als Stadtinspektor bei den Wasserwerken der Stadt Wien tätig war, am/beim Amtshaus der MA 31-Wiener Wasser in der Grabnergasse zu veranlassen.

Begründung

„Der Stadtinspektor Lothar Dirmhirn war 1938 bis 1941 Funktionär der Stadtleitung der KPÖ Wien und errichtete u. a. an seinem Arbeitsplatz - den Städtischen Wasserwerken - eine Betriebszelle, deren Mitglieder Beiträge zur Unterstützung der Angehörigen verhafteter Kommunisten leisteten. Er wurde [...] am 17. 11. 1942 wegen "Wehrkraftzersetzung" und "Vorbereitung zum Hochverrat" vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und am 26.2.1943 im Landesgericht Wien hingerichtet.“¹

Auf Wunsch seines Enkels Herwig Dirmhirn und Anregung der Dienststelle MA 31 soll nun eine Gedenktafel am oder beim Amtshaus in der Grabnergasse an den Widerstandskämpfer erinnern.

In der Kulturkommission soll in Zusammenarbeit mit der MA 31 die Örtlichkeit und der Text geklärt werden.

¹ Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (2025): Lothar Dirmhirn.
<https://www.doew.at/result?id=651159&cat=1> [Zugriff 2.12.2025]

Toilettenanlagen U3 Zieglergasse

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf, Grünen Alternative Mariahilf, NEOS - Das Neue Österreich und Liberales Forum sowie KPÖ-LINKS stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 18. Dezember 2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständige Stadträtin für Stadtentwicklung, Mobilität und Wiener Stadtwerke im Zusammenwirken mit dem Umweltausschuss zu ersuchen, sich bei den Wiener Linien dafür einzusetzen, dass in der U3 Station Zieglergasse wieder Toilettenanlagen zur Verfügung stehen.

Begründung

In der U3-Station Zieglergasse stehen derzeit keine öffentlichen Toilettenanlagen zur Verfügung. Dies führt seit längerer Zeit dazu, dass insbesondere im Umfeld der Station – etwa in der Webgasse sowie in seitlichen Bereichen der Mariahilfer Straße – der öffentliche Raum als Ersatztoilette genutzt wird. Anrainerinnen und Anrainer berichten zunehmend über starken Geruch, Verschmutzungen und eine unzumutbare Belastung des Wohn- und Geschäftsumfeldes.

Besonders problematisch ist die Situation auch vor dem Hintergrund, dass entlang der gesamten Mariahilfer Straße keine städtischen öffentlichen Toiletten vorhanden sind. Gerade an einem stark frequentierten Verkehrsknotenpunkt mit hoher Passantenfrequenz, Touristinnen und Touristen, Nutzerinnen und Nutzern des öffentlichen Verkehrs sowie einer wachsenden Zahl an obdachlosen Personen braucht es eine funktionierende und niederschwellige Infrastruktur.

Eine Wiedereinrichtung der Toilettenanlagen durch die Wiener Linien in der U3-Station Zieglergasse würde daher einen wesentlichen Beitrag zur Sauberkeit, Sicherheit und Lebensqualität im Grätzl leisten.

Toilettenanlage Fritz-Imhoff-Park

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf, Grünen Alternative Mariahilf, NEOS - Das Neue Österreich und Liberales Forum sowie KPÖ-LINKS stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 18. Dezember 2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (u. a. MA 48, MA 42) im Zusammenwirken mit dem Umweltausschuss zu ersuchen, die Errichtung einer fixen, dauerhaft betriebenen Toilettenanlage im Fritz-Imhoff-Park zu prüfen.

Begründung

Im Jahr 2024 wurde im Fritz-Imhoff-Park eine mobile „ökKlo“-Anlage errichtet. Aufgrund der unmittelbaren Nähe zur Drogenberatungseinrichtung Jedmayer kommt es jedoch regelmäßig zu Problemen: Die Anlage wird häufig verunreinigt, insbesondere durch Spritzen und andere Hinterlassenschaften, wodurch die Benützung für viele Parkbesucherinnen und -besucher zumutbar ist. Familien, Kinder und ältere Menschen meiden das WC mittlerweile, da weder Hygiene noch Sicherheit gewährleistet sind.

Eine fixe Toilettenanlage, wie sie in zahlreichen anderen Wiener Parks erfolgreich betrieben wird, könnte durch bessere bauliche Ausstattung, Reinigung und Betreuung eine deutlich höhere Akzeptanz und Nutzbarkeit ermöglichen. Angesichts der intensiven Nutzung des Parks – auch als wichtiger Aufenthalts- und Spielbereich – ist eine qualitativ hochwertige, sichere und saubere Lösung erforderlich.

Maßnahmenpaket für die Linie 57A

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf, Grünen Alternative Mariahilf sowie NEOS - Das Neue Österreich und Liberales Forum stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 18. Dezember 2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständige Stadträtin für Stadtentwicklung, Mobilität und Wiener Stadtwerke Mag. a. Ulli Sima im Zusammenwirken mit der Mobilitätskommission zu ersuchen, sich bei den Wiener Linien dafür einzusetzen, dass ein Maßnahmenpaket zur Verbesserung der Zuverlässigkeit der Buslinie 57A erarbeitet wird.

Begründung

Aufgrund budgetärer Einschränkungen wurde der Umbau der Gumpendorfer Straße auf unbestimmte Zeit verschoben. Damit entfällt auch der ursprünglich geplante Zeitpunkt für strukturelle Verbesserungen für die Buslinie 57A, obwohl diese seit Jahren dringend notwendig wären. Der 57A ist besonders in den Morgen- und Nachmittagsstunden oftmals überfüllt, unregelmäßig und unzuverlässig. Wiederholt kommt es zu Verspätungen, kurzgeführten Fahrten oder kompletten Ausfällen.

Gerade für zahlreiche Bewohnerinnen und Bewohner, Schülerinnen Schüler sowie Personen, die täglich zur Arbeit fahren, ist der 57A eine wichtige Anbindung. Da Verbesserungen im Zuge des Straßenumbaus nun auf sich warten lassen, braucht es rasche und konkrete Sofortmaßnahmen, um die Situation spürbar zu entschärfen und eine verlässliche öffentliche Verbindung in der Gumpendorfer Straße sicherzustellen.

Entlastung des Jedmayer-Grätzels

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf, Grünen Alternative Mariahilf, NEOS - Das Neue Österreich sowie Liberales Forum stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 18. Dezember 2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, den zuständigen Stadtrat für Soziales, Gesundheit und Sport zu ersuchen, sich dafür einzusetzen, dass eine flächendeckende Betreuung der Suchtkranken in Wien zur Entlastung des „Jedmayer-Grätzls“ erfolgt.

Begründung

Die sozialmedizinische Drogenberatungsstelle Jedmayer am Gumpendorfer Gürtel 8 ist mit ihren Angeboten – Tageszentrum, Notschlafstelle, Beratung, Betreuung, Psychotherapie und betreute Wohnplätze – seit 2012 die größte und faktisch zentrale Einrichtung für Drogenkranke in Wien und dem Wiener Umland. Laut aktuellem Tätigkeitsbericht der Suchthilfe Wien wurden im Jahr 2024 allein im Jedmayer 169.179 Spritzenauschkontakte verzeichnet. Zum Vergleich: Die zweite Einrichtung „Change“ am Alsergrund kommt lediglich auf 5.122 Kontakte – und verzeichnet dabei sogar einen Rückgang gegenüber 2023.

Diese extreme Konzentration auf einen einzigen Standort führt zu massiven Belastungen für das unmittelbare Umfeld, insbesondere rund um den Jedmayer und die U6-Station Gumpendorfer Straße. Eine Einrichtung allein kann die Drogenproblematik einer Zwei-Millionen-Stadt und deren Umgebung nicht bewältigen.

Im Interesse der Anrainerinnen und Anrainer ersuchen wir daher die Stadtregierung – insbesondere den zuständigen Stadtrat Peter Hacker – dringend, die Aufteilung der Agenden auf mehrere Standorte und eine dezentrale Struktur der Suchthilfe zu prüfen. Nur eine Entlastung des Jedmayer durch mehrere über Wien verteilte Angebote kann das Sicherheitsgefühl im Grätzl stärken und die Lebensqualität der Bevölkerung nachhaltig verbessern.

Anbringung von QR-Code Tafeln mit Link zu www.geschichtewiki.wien.gv.at

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte von NEOS - Das Neue Österreich und Liberales Forum und Grünen Alternative Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 18.12.2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (insb. MA 7, MA 28 etc.) zu ersuchen, die Möglichkeit der Anbringung von QR-Codes mit hinterlegtem Link zu www.geschichtewiki.wien.gv.at auf bestehenden Informationstafeln (z.B. mittels UV-beständiger Aufkleber) - z.B. Loquaiplatz, Sonnenuhrgasse, Corneliusgasse, Capistrangasse - und gleichzeitig für zukünftige Beschilderungen in Mariahilf zu prüfen und der Kommission für Planung, Entwicklung und Gestaltung zeitnah entsprechende Vorschläge inkl. zu erwartender Kosten zu unterbreiten.

Begründung

In vielen europäischen Großstädten ist es bereits Standard, aufgestellte oder montierte Tafeln mit QR-Codes zu versehen, welche Information, Bilder oder sogar Videos über historische Bauwerke und Plätze direkt auf das Smartphone liefern.

Eine notwendige Ressource für historische Inhalte und Bilder, die für eine Verknüpfung mit den QR-Codes benötigt wird, besteht bereits mit der Plattform „Wien Geschichte Wiki“ (https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Wien_Geschichte_Wiki), welche von Expert*innen der Stadt Wien betreut wird.

Das „Geschichte-Wiki“ der Stadt Wien“ ist eine wertvolle, jedoch wenig bekannte Informationsquelle der Stadt Wien. Zu diesem "geschichtlichen Schatz" sollen Mariahilfer*innen und Passant*innen vereinfacht und vor Ort Zugang bekommen. Ziel ist es, Jung und Alt in Mariahilf an relevante Personen & Ereignisse im Bezirk zu erinnern, die geschichtlichen Hintergründe näherzubringen sowie eine wichtige Kontextualisierung zu Namensgeber*innen vorzunehmen. Geschichte soll mit digitalen Hilfsmitteln greifbar und erlebbar für alle sein, unabhängig von Alter, Geschlecht und finanziellen Hintergründen.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass durch diese Maßnahme – gerade in Zeiten notwendiger budgetärer Restriktion – einfach, kostengünstig und niederschwellig nicht nur wichtige Zusatzinformationen bereitgestellt, sondern auch notwendige Kontextualisierungen vorgenommen werden können. Vor diesem Hintergrund soll eine Prüfung insb. folgender Orte hinsichtlich einer Eignung zur Anbringung von Informationstafeln mit QR-Code erfolgen:

- Loquaiplatz (zur Kontextualisierung von Ferdinand Loquai)
- Sonnenuhrgasse (zur näheren Erläuterung der Gedenktafeln „Erinnern für die Zukunft“)
- Capistrangasse (zur zusätzlichen Kontextualisierung von Johannes Capistran)
- Corneliusgasse (zur Information über Peter Ritter von Cornelius bzw. Peter Cornelius für Besucher der „Swifties-Stiege“)

Sicherheitsdienst Wiener Linien U6 Gumpendorfer Straße

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf und von NEOS - Das Neue Österreich und Liberales Forum stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 18. Dezember 2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständige Stadträtin für Stadtentwicklung, Mobilität und Wiener Stadtwerke Mag.^a Ulli Sima zu ersuchen, sich bei den Wiener Linien dafür einzusetzen, dass ein permanenter Sicherheitsdienst in der U6-Station Gumpendorfer Straße eingerichtet wird.

Begründung

Laut einer Anfragebeantwortung an die ÖVP Mariahilf vom Dezember 2023 waren die Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes im ersten Halbjahr 2023 zwischen 10 und 50 Stunden pro Monat in der U6-Station Gumpendorfer Straße im Einsatz. Diese Einsatzzeiten stehen leider in keinem Verhältnis zur Bedeutung der Station im unmittelbaren Umfeld der Drogenberatungseinrichtung Jedmayer sowie zu den dort auftretenden Problemen. Laut Bürgermeister Dr. Michael Ludwig soll die Anzahl der Sicherheitsdienstmitarbeiter in den Wiener Linien in dieser Legislaturperiode deutlich aufgestockt werden. Sowohl aus Anrainersicht als auch aus Sicht der Öffi-Benutzer würde ein permanenter Sicherheitsdienst – zumindest an Werktagen – das subjektive Sicherheitsgefühl deutlich verbessern.



Ausweitung der Kurzparkzonengültigkeit auf Samstag

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Alternative Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 18.12.2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständige amtsführende Stadträtin für Stadtentwicklung, Mobilität und Wiener Stadtwerke, Frau Ulli Sima, zu ersuchen, Maßnahmen zu prüfen, die zu weniger motorisierten Individualverkehr an Samstagen beitragen können.

Begründung

In den Bezirken mit hohem Anteil an Handels- und Freizeiteinrichtungen (im 6. Bezirk etwa Naschmarkt, Mariahilfer Straße, Haus des Meeres, vielfältige Gastronomie etc.) kommt es an Samstagen zu hohem Verkehrsaufkommen. Die gebührenfreie Abstellmöglichkeit auf der öffentlichen Verkehrsfläche bietet erhöhten Anreiz mit dem Auto in den 6. Bezirk zu kommen, um das Freizeitangebot wahrzunehmen. Im Gegenzug dazu bleibt der öffentliche Verkehr an allen Tagen gebührenpflichtig. Dies hat die unerwünschte Wirkung der Förderung von motorisiertem Individualverkehr und widerspricht der Forderung nach mehr aktiver Mobilität, wie im Wienplan 2035 vorgesehen.

Weiters entgehen der Stadt bei der derzeitigen Regelung Einnahmen, die dringend für eine klimafitte Umgestaltung der Straßenräume gebraucht würden.

Friedrich Priesner



Überprüfung und ggf. Verbesserung der Raumakustik im Sitzungssaal der Bezirksvertretung

Die unterzeichnenden Bezirksrättinnen und Bezirksräte der Grünen Alternative Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 18.12.2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, dass die MA 34 zu ersuchen, einen Bauakustikanbieter mit einer Messung der akustischen Eigenschaften / Nachhallzeit des Festsaals der Bezirkvorstehung, Amerlingstraße 11, 1060 Wien, zu beauftragen und ggf. Verbesserungsvorschläge erstellen zu lassen. Diese wären dann zu prüfen und – nach gesondertem Beschluss - zu beauftragen.

Begründung

Die Raumakustik des Sitzungsaales ist für hörbeeinträchtigte Menschen (alleine in unserer Fraktion zwei Personen) herausfordernd und suboptimal. Bei Bezirksvertretungssitzungen ist bei (korrekter) Verwendung des Mikrofons die Verständlichkeit knapp ausreichend, bei Ausschuss- und Kommissionssitzungen sind die Gegebenheiten jedenfalls unzulänglich. Verbesserungen sind vermutlich mit überschaubarem Aufwand (Anbringen von Akustikelementen) möglich.

Friedrich Priesner, Ester Tomasi-Fumics

Barrierefreiheit Liniengasse

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 18. Dezember 2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (u. a. MA 46) im Zusammenwirken mit der Mobilitätskommission zu ersuchen, die Barrierefreiheit am Gehsteig im Bereich Liniengasse / Hirschengasse 10 wiederherzustellen.

Begründung

Das Gebäude Ecke Hirschengasse 10 / Liniengasse wird seit längerer Zeit durch einen auf einem Parkplatz abgestellten „Heizkurier“ mit Wärme versorgt. Die dafür verlegte Leitung führt vom Parkplatz in das Haus beim Eingang Liniengasse und liegt quer über dem Gehsteig. Der Übergang erfolgt derzeit über eine provisorische Holzrampe, die unbeleuchtet ist und zudem eine starke Steigung aufweist, sodass sie insbesondere für Rollstuhlfahrerinnen und Rollstuhlfahrer kaum nutzbar ist.

Anhang



Marcel Flitter

Baustellenumleitung Haydngasse

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 18. Dezember 2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (u. a. MA 46) im Zusammenwirken mit der Mobilitätskommission zu ersuchen, die Baustellenumleitung im Bereich Schmalzhofgasse / Haydngasse zu evaluieren.

Begründung

Im Zuge von Bauarbeiten in der Schmalzhofgasse wurde eine temporäre Umleitung eingerichtet, die zu einer deutlichen Verkehrsbelastung in der Wohnstraße Haydngasse führte. Die Haydngasse wurde damit zu einem Nadelöhr für den motorisierten Verkehr, obwohl sie gemäß ihrer Widmung primär dem Fuß- und Radverkehr dienen soll. Zusätzlich wurde während der Bauphase die Einbahnstraße plötzlich für den Radverkehr in Gegenrichtung geöffnet, was zu einer erhöhten Konfliktsituation und Unsicherheit im Straßenraum führte.

Die getroffenen Maßnahmen mögen kurzfristig notwendig gewesen sein, zeigen aber deutlich, dass Baustellenorganisation in Wohnstraßen besondere Rücksicht erfordert. Um vergleichbare Fehlplanungen künftig zu vermeiden, ist eine fachliche Aufarbeitung und Abstimmung mit allen relevanten Stellen in der Mobilitätskommission notwendig.

Marcel Flitter

Fußgängerübergang Magdalenenstraße

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 18. Dezember 2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (u. a. MA 46) im Zusammenwirken mit der Mobilitätskommission zu ersuchen, im Bereich Magdalenenstraße / Corneliusgasse den Zebrastreifen über den Radweg zu verlängern und die Haltelinie vor den Fußgeherübergang zu versetzen.

Begründung

Die Verlängerung des Zebrastreifens über den Radweg sowie eine entsprechend versetzte Haltelinie würden die Situation deutlich verbessern, klare Verkehrsregeln schaffen und die Sicherheit für Fußgängerinnen und Fußgänger nachhaltig erhöhen.

Anhang



Marcel Flitter

Halteverbot Raimundtheater

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 18. Dezember 2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (u. a. MA 46) zu prüfen, das Halteverbot vor dem Raimundtheater künftig auf Dienstag bis Samstag einzuschränken.

Begründung

Derzeit gilt vor dem Raimundtheater von Montag bis Samstag von 18:00 bis 23:00 Uhr ein Halteverbot, um eine reibungslose An- und Abfahrt für Besucherinnen und Besucher zu gewährleisten. Da jedoch montags keine Vorstellungen stattfinden, ist eine Regelung an diesem Tag nicht erforderlich. Eine Einschränkung des Halteverbots auf die tatsächlichen Veranstaltungsabende würde zusätzliche Parkmöglichkeiten für die Anrainerinnen und Anrainer schaffen, ohne den Theaterbetrieb zu beeinträchtigen.

Anhang



Veronika Zimmermann

Smarte Ampeln Gumpendorfer Straße

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 18. Dezember 2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (u.a. MA 33) zu ersuchen, die Druckknopfampeln entlang der Gumpendorfer Straße auf „Smarte Ampeln“ umzustellen.

Begründung

Seit September 2019 werden laut Stadt Wien nach einer erfolgreichen Testphase die herkömmlichen Druckknopfampeln sukzessive durch intelligente, sensorbasierte „Smarte Ampeln“ ersetzt. Diese Systeme erkennen wartende Personen automatisch und sorgen für schnellere Reaktionszeiten sowie eine höhere Verkehrssicherheit – insbesondere für Kinder, ältere Menschen und Personen mit eingeschränkter Mobilität.

Der großflächige Umbau der Gumpendorfer Straße wurde aufgrund budgetärer Einschränkungen auf unbestimmte Zeit verschoben. Davon betroffen ist auch die längst notwendige Modernisierung der Ampelanlagen. Dennoch bleibt die Gumpendorfer Straße eine stark frequentierte Verkehrsachse mit einem hohen Anteil an zu Fuß gehenden Personen, die auf sichere und komfortable Querungsmöglichkeiten angewiesen sind.

Eine Umstellung auf „Smarte Ampeln“ kann unabhängig vom Straßenumbau erfolgen – beispielweise im Bereich Stiegengasse - und stellt eine rasch umsetzbare Maßnahme dar, die den täglichen Verkehr sicherer und effizienter macht. Dies kommt nicht nur der allgemeinen Verkehrssicherheit zugute, sondern verbessert auch die Qualität der wichtigsten Fußverbindungen im Bezirk.

Marcel Flitter

Aschenbecher Markthalle

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 18. Dezember 2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (u. a. MA 48) zu ersuchen, im Bereich der Terrasse der neu errichteten Markthalle am Naschmarkt zusätzliche Aschenbecher aufzustellen.

Begründung

Bei einem Lokalaugenschein im Bereich der neu errichteten Markthalle hat sich deutlich gezeigt, dass ein zusätzlicher Bedarf an Aschenbechern besteht. Zahlreiche Zigarettenstummel lagen im Umfeld verstreut, was nicht nur ein wenig attraktives und unhygienisches Erscheinungsbild erzeugt, sondern auch zu einer vermeidbaren Verschmutzung des öffentlichen Raums führt. Durch die Aufstellung weiterer Aschenbecher kann das Umfeld sauberer gehalten, die Entsorgung erleichtert und die Aufenthaltsqualität für Besucherinnen und Besucher nachhaltig verbessert werden.

Veronika Zimmermann

Suchthilfe besser verteilen

Die unterfertigenden Bezirksrättinnen von KPÖ-LINKS Mariahilf, Grünen Alternative Mariahilf, Die Wiener Volkspartei Mariahilf sowie NEOS - Das Neue Österreich sowie Liberales Forum stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 18. Dezember 2025 gemäß § 19 GO-BV folgende

Resolution

Die Bezirksvertretung Mariahilf spricht sich dafür aus, Schritte zu begrüßen, die zu einer dezentralen Verteilung von Suchthilfeangeboten in Wien beitragen. Eine solche räumliche Aufteilung kann dazu beitragen, die Qualität der Versorgung zu stärken und die Belastung einzelner Grätzl und Bezirke zu reduzieren.

Begründung

Die Bezirksvertretung Mariahilf nimmt die anhaltenden Anliegen aus dem Grätzl rund um das Suchthilfezentrum Jedmayer wahr. In den vergangenen Monaten berichten Anrainer:innen wiederholt von offenem Drogenkonsum, sichtbaren Utensilien im öffentlichen Raum sowie einer spürbaren Intensität sozialer Problemlagen in unmittelbarer Nähe zu Wohnbereichen und Parkanlagen.

Diese Situation beeinträchtigt das Sicherheitsgefühl im öffentlichen Raum erheblich und führt zu spürbaren Belastungen im Grätzl, darunter angespannte Alltagssituationen und gelegentlich auch aggressives Verhalten einzelner Personen.

Zugleich ist klar: Suchthilfe ist eine unverzichtbare soziale Infrastruktur. Sie schützt Gesundheit und Leben, stabilisiert Menschen in schwierigen Situationen und trägt dazu bei, Risiken und Leid für Betroffene wie auch für die Gesellschaft zu verringern. Wir stehen daher auch weiterhin für den Erhalt des Jedmayers.

Eine Dezentralisierung der Suchthilfe kann das Jedmayer-Grätzl aber deutlich entlasten und zugleich die Erreichbarkeit der Angebote für Menschen in anderen Teilen Wiens verbessern.

Fußgängerzone Mariahilfer Straße

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf und der FPÖ Mariahilf stellen gemäß § 19 Abs. 5 GO BV in der Bezirksvertretungssitzung am 18. Dezember 2025 den Antrag auf Beschlussfassung folgender

Resolution

Die Bezirksvertretung spricht sich dafür aus, dass die Fußgängerzone Mariahilfer Straße weiterhin ihren ursprünglichen Zweck erfüllt: ein sicherer, freier und konfliktarmer Raum für Fußgängerinnen und Fußgänger zu sein.

Begründung

Im September dieses Jahres haben SPÖ, ÖVP, Neos und FPÖ gemeinsam einen Antrag eingebracht, die bestehenden Ausnahmen für Radfahrerinnen und Radfahrer sowie E-Scooter im Bereich der Fußgängerzone Mariahilfer Straße zu überprüfen. Hintergrund waren zahlreiche Hinweise auf gefährliche Situationen und Konflikte zwischen Fußgängern und Radfahrern, insbesondere zu Stoßzeiten und in engen Bereichen der Einkaufsstraße.

Anstatt die Sicherheit der Fußgängerinnen und Fußgänger zu stärken, lehnte die Stadt Wien diesen überparteilichen Antrag ab. Nun gibt es Überlegungen, eine eigene Fahrradspur direkt durch die Fußgängerzone zu führen. Eine solche Maßnahme würde jedoch zu einer weiteren Verdichtung und zusätzlichen Gefahrenmomenten führen – und stellt eine klare Abkehr vom Grundgedanken einer Fußgängerzone dar. Der öffentliche Raum in einer Fußgängerzone muss zuerst und vor allem den Menschen zu Fuß gehören.

Erhalt des Bauernmarktes am Naschmarkt

Die unterzeichnenden Bezirksräte der FPÖ Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 18.12.2025 gemäß § 19 Abs.5 GO BV folgende

Resolution

Der Bezirk spricht sich für den Erhalt des Bauernmarkts am Naschmarkt in seiner bestehenden Form aus.

Begründung:

Der Bauernmarkt am Naschmarkt hat eine lange Tradition und stellt einen unverzichtbaren Bestandteil der lokalen Versorgung, der regionalen Direktvermarktung, des kulturellen Lebens im Bezirk und nicht zuletzt eine Touristenattraktion dar. Die neue Markthalle bewirkt, dass der Bauernmarkt massiv verkleinert und in seiner Bedeutung geschwächt wird.

Insbesondere ist zu befürchten, dass die Markthalle mit ihrem Angebot – ähnlich des eines Supermarktes, alles gleich, steril und unpersönlich - den bäuerlichen Direktvermarkter Kundschaft entzieht und damit deren wirtschaftliche Grundlage gefährdet. Zudem bewirkt die Halle, dass durch bauliche Umstrukturierungen wertvolle Marktflächen für den Bauernmarkt verloren gehen.

Wir als Mariahilfer sollten ein großes Interesse daran haben, den bäuerlichen Markt als wichtigen Versorgungs- und Begegnungsort zu schützen und als nachhaltige, regionale Alternative zu stärken. Ein lebendiger Bauernmarkt ist nicht nur aus wirtschaftlicher Sicht relevant, sondern trägt auch zur Vielfalt, Qualität und Tradition des Naschmarkts und damit auch zur Attraktivität unseres Bezirks bei.

Um diese Qualitäten zu bewahren und weiter auszubauen, ist ein klarer Beschluss erforderlich, der sowohl die Bestandssicherung als auch die Weiterentwicklung des Bauernmarktes gewährleistet und sicherstellt, dass die neue Markthalle und sonstige Umgestaltungspläne diesen nicht noch mehr gefährden oder gar verdrängen. Außerdem sollte der Bauernmarkt ausgebaut werden. Mit Sonderkonditionen und besseren, erweiterten Standorten.